



Aus der Sitzung des Marktgemeinderates

Der erste Tagungspunkt befasste sich mit dem geplanten Breitbandausbau, den die Telekom auf eigene Kosten im Markt Prien durchführen will. Prien soll damit ein schnelleres Netz erhalten. Der als Gast geladene Regio-Manager der Deutschen Telekom, Dipl.-Ing. Norbert Kreier, sprach von Investitionen im siebenstelligen Bereich. Damit werde die Vectoring-Technik eingesetzt. Die bisherige Kupferdrahtverkabelung werde durch eine Glasfaser-Infrastruktur abgelöst, die die Verbindung zu 30 Verteilerkästen herstellt. Rund 6.000 Haushalte in Prien profitierten davon; auch die Bereiche am Golfplatz sowie um Leiten würden integriert. Erster Bürgermeister Jürgen Seifert erklärte, es müsse dazu nicht großflächig gegraben werden, sondern die Glasfaserkabel würden in bestehende Rohren eingezogen, so dass man nur an wenigen Stellen das Erdreich aufgraben müsse, um die Kabel einzuführen. Der Marktgemeinderat nahm diesen Sachstand zur Kenntnis. Erster Bürgermeister Jürgen Seifert bedankte sich bei der Telekom für die große Investitionsbereitschaft.

Kontroverse Diskussion ums Lechnerhaus

Als Nächstes ging es um das Lechnerhaus in der Beilhackstraße, für das ein Gutachten erstellt worden war. Die Entscheidung stand an, ob das Gebäude zur Schaffung von Flüchtlingsunterkünften und zwei sozial gebundenen Wohneinheiten saniert oder abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden soll. Seifert betonte, es gehe nicht darum, ob Unterkünfte geschaffen würden, sondern wie. Die aktuelle Situation in der Turnhalle sei untragbar. Ihn wundere es nicht, dass es dort mittlerweile zu Störungen komme. Die Turnhalle sei seit 22. September 2015 belegt; rund 1.360 Schulstunden seien deshalb ausgefallen, bis zum Schuljahresende wären es 2.584 Stunden. Rund die Hälfte seien anderweitig ersetzt worden. Auch die Vereine hätten in dieser Saison auf 1.180 Stunden verzichtet. Somit sei die heutige Entscheidung nicht nur eine für die Flüchtlinge, sondern auch für die Leerung der Turnhalle, sagte Seifert. Thomas Lindner von der Bauverwaltung fasste

anschließend das Gutachten zusammen. Die Bausubstanz sei marode und habe erhebliche Schäden, die Kosten für den Brandschutz wären sehr aufwändig, der Wohnraum zudem kaum von Sonnenlicht durchflutet. In der Szenerie eines Neubaus würde das Gebäude um 90° gedreht und die Firstausrichtung geändert. So könnten Räume für zwei bis vier Betten mit Sanitäreinrichtungen entstehen, die leicht mit dem Rückbau von Trockenwänden in Wohneinheiten umgewandelt werden könnten. Insgesamt wäre Platz für 60 bis 70 Asylbewerber. Andreas Hell nannte die aktuellen Zahlen: 321 Asylbewerber seien zurzeit im Ort, bis Ende des Jahres müssten es 360 Personen werden, laut Vorgaben des Landratsamtes. Das Landratsamt Rosenheim habe in einem Schreiben bestätigt, wenn die Asylbewerber anderswo untergebracht würden, könne die LTG-Turnhalle entsprechend geleert werden. Anton Schlosser meinte, der Neubau könne gut als sozialer Wohnungsbau für die einheimische Bevölkerung genutzt werden; für Flüchtlinge könne man Container aufstellen. Seifert begegnete dem, dass zwei Wohnungen für sozial schwache Menschen vorgesehen seien. Die anderen Einheiten könnten später schnell und einfach umgewandelt werden. Eine Containerlösung lehne er ab.

Einhelliger Wunsch ist, die Turnhalle schnell zu leeren

Michael Anner bestätigte zwar, dass die Turnhallensituation schlecht sei. Er sprach sich aber gegen einen Schnellschuss aus. Es seien noch nicht alle Optionen durchdacht. Wenn es so komme, wie es zurzeit aussehe, glaube er nicht daran, dass die Turnhalle frei bleibe. Das Areal am Lechnerhaus sei das letzte große Grundstück der Gemeinde. Die Weichenstellung, was mit dem Grundstück passieren soll, sei noch nicht erfolgt. Er sehe den Bund und das Land in der Pflicht. Fehlbeleger würden in der Rechnung des Landratsamts ohnehin nicht berücksichtigt – ihm gehe dies zu schnell. Seifert konterte, er sehe das anders, alles sei bedacht, auch eine Ortsumfahrung mit Tunnellösung könne trotz des Neubaus erfolgen. Anner begeg-

nete, wenn man das Haus an das Landratsamt vermiete, sei es für Jahre weg. Werner Waap fügte an, für ihn sei das entscheidende Wort nicht »schnell«, sondern »jetzt«. Jetzt stehe Fördergeld zur Verfügung, jetzt seien Flüchtlinge da, jetzt sei es ihre Pflicht, etwas zu tun. Die Sozialreferentin Eva Munkler betonte, in der Situation der Turnhallenbelegung sei es Viertel nach zwölf. Der Zustand dort sei »unzumutbar und menschenunwürdig«. Nur der Einsatz der vielen Ehrenamtlichen schaffe den momentan guten Ablauf. Wenn heute dagegen gestimmt würde, würden diese sich wundern. Es zeige sich zudem, dass bei einer dezentralen Unterbringung keine Probleme entstünden. Es gehe auch um die Priener. Es dürften Lösungen nicht auf die lange Bank geschoben, sondern müssten jetzt auf den Weg gebracht werden. Auf die Frage, wann der Bau denn fertig sei, erklärte Seifert, wenn heute der Beschluss falle, würde im Bauausschuss die Baugenehmigung vorgezogen und man könne evtl. noch vor dem Sommer damit beginnen. Alfred Schelhas wies in seiner Funktion als Sportreferent darauf hin, wie vorbildlich sich die Vereine verhalten haben. Die Halle zu leeren, seien wir ihnen schuldig. Ludwig Ziereis bemerkte, dass andere Gemeinden ihr diesbezügliches Soll nur zu 30/40 Prozent erfüllten. Sie dürften sich nicht überschätzen, wenn es schon der Bund nicht schaffe. Hans-Jürgen Schuster sprach sich gegen die Meinung seiner Fraktion aus. Er stehe für christlich-soziale Werte, diese Leute bräuchten ihre Hilfe. Das Haus sei eine Schande und stehe seit Jahren leer. Diese Lösung bringe nur Vorteile. Gunther Kraus konterte, auch er besitze christliche Werte und Empathie für die Flüchtlinge, schon aufgrund seiner eigenen Familiengeschichte. Er sehe die Verantwortung zu helfen. Aber wenn der Staat den Bau auf zehn Jahre miete, könnte die Gemeinde in dieser Zeit nicht mehr nach eigenen Notwendigkeiten bestimmen, wie die Räumlichkeiten belegt würden. Wenn 90 Personen Unterschlupf fänden, sei die Turnhalle immer noch nicht leer. Anton Schlosser gab zu bedenken, man

solle vorausschauend agieren, was sei, wenn in drei bis sechs Monaten Familien kämen. Darauf bemerkte Eva Munkler, die seien schon da – 20 Familien mit 50 Kindern. Die abschließende Abstimmung ergab 15 : 7 Stimmen für den Neubau und die Umgestaltung des Lechnerhauses zur Schaffung von Wohnraum für Asylbewerber.

Ablehnung für den Naturpark Chiemsee

Nach der einstimmigen Vergabe von Arbeiten zur Abwasseranlage sowie einer Erschließungsstraße im Baugebiet Eglwies an das Ingenieurbüro Dippold & Gerold sowie zur Errichtung einer Entlastungsleitung beim Regenrückhaltebecken in Trautersdorf an das wirtschaftlichste Angebot der Firma Pfeiffer in Rosenheim kam die Abstimmung zum Beitritt in den Naturpark Chiemsee Chiemgauer Alpen zur Sprache. Nachdem sich etliche Gemeinden gegen die Teilnahme entschieden hatten, könne die Grundidee nicht mehr umgesetzt werden, erklärte Seifert mit Bedauern. Dennoch fand er die Grundidee gut. Manche Gemeinden hätten den Naturpark entgegen der Meinung der Initiatoren als eine rein touristische Verbindung angesehen. Rosi Hell bemerkte, die Natur sei so schön, weil die Landwirte sie pflegten. Sie verstehe nicht, wer etwas von dem Naturpark habe. Angela Kind meinte, dass die Vögel und Blumen davon profitierten. Der Naturpark habe doch auch den Schutz der regionalen Produkte sowie der bäuerlichen Landschaft zum Ziel gehabt. »Naturschutz ist Menschenschutz.« Werner Waap bestätigte, dass Landwirte in Bedrängnis seien und mit vielen Vorschriften zu kämpfen hätten. Dennoch habe er den Naturpark als Chance gesehen. Tobias Ihm schloss sich dem an und sagte, man solle dafür stimmen als Zeichen. Alfred Schelhas bestätigte, in den Zielen des Naturparks sei nichts gewesen, was den Landwirten hätte Angst machen müssen. Sie hätten eine passende Satzung entwickeln können. Peter Fischer erklärte die Haltung der Landwirte. Nachhaltigkeit habe jeder Landwirt von sich aus inne, er wolle seinen Hof ja weitergeben. Es sei die Angst



um das Kleingedruckte; es heiße immer, wenn es um Schutzflächen gehe, es habe keine Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Aber letztlich kämen immer noch mehr Vorschriften dazu. Die Landwirte wollten keine Parkpflieger sein, sondern Bauern, die etwas anbauen. Auch hätten sie von ansässigen Molkereien gehört, dass diese keine entsprechende Pro-

duktlinie entwickeln wollten. Zudem hätten die teilnehmenden Gemeinden ganz unterschiedliche Strukturen und damit unterschiedliche Interessen. Er sehe nicht, wie man den finanziellen Einsatz wieder zurückbekomme. Martin Kollmannsberger schloss sich dem an. Den Landwirten werde immer versprochen, dass sich nichts ändere; aber wenn es dann

um den Vogel- und Naturschutz gehe, vergesse man dies. Gunther Kraus befand, das Tourismus-Konzept sei nicht schlüssig. Zudem befand er, dass mit dem Chiemgau bereits eine namhafte Region bestehe. Die Abstimmung ergab mit großer Mehrheit ein Nein für den Naturpark Chiemsee.

Abschließend wurde einstimmig beschlossen, das bereits begonnene Häuserbuch fortzuführen; 20.000 Euro würden dafür in 2016 bereitgestellt.

Annette Resch verkündete zum Schluss, dass der Skaterpark über die LEADER-Förderung mit 50 Prozent bezuschusst werde; womit die Gemeinde nur die Hälfte der Kosten zu tragen habe.